parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 15 – 2018

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Verbrechen gegen Kinder in Syrien

3 Vorfälle mit extrem rechten Hintergrund

4 Für den Schutz von sexueller Identität

5 Asylpolitik: „Ein kaltes Herz, das regiert“

Kommentar

Welch ein Hohn

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien wollen mit der Sommerloch-Debatte um die Dienstpflicht ihr eigenes Versagen verschleiern. Seit Jahren fordert die LINKE mehr Personal in der Pflege und friedenspolitische Lösungen in internationalen Konflikten. Bessere Bezahlung im Pflegebereich und eine Abschaffung der kostenpflichtigen Ausbildungsgänge.
Und jetzt, wo weder für die Bundeswehr noch im Pflegebereich genug Nachwuchs zu finden ist, entdecken Politikerinnen und Politiker aus CDU, CSU und Teilen der SPD die Pflicht der jungen Leute gegenüber der Gemeinschaft. Welch ein Hohn. Probleme werden damit nicht gelöst. Der Fachkräftemangel in der Pflege bleibt bestehen und für Fehler der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung etwa in Mali, Afghanistan oder vor Somalia werden sich junge Menschen weiterhin zu Recht nicht opfern wollen.
Vor den bayerischen und hessischen Landtagswahlen versucht die Union offensichtlich auf Kosten von jungen Wählerinnen und Wählern sowie nicht wahlberechtigten Jugendlichen, Zustimmung bei einem größeren älteren und traditionell konservativen Klientel zu ergattern. Ich nenne das verantwortungslos gegenüber der Zukunft folgender Generationen und der Demokratie. Grundsätzlich gilt: Freiheit heißt eben auch wählen zu können, welchen Weg man gehen will. Wenn wir schon über Pflicht reden: Wo bleibt die Verpflichtung von Politikerinnen und Politikern aus den Unionsparteien gegenüber diesen Prinzipien?

Gute Bedingungen

Rot-Rot-Grün in Thüringen arbeitet an einem neuen Schulgesetz

Das neue Schuljahr in Thüringen hat am 13. August begonnen. „Dabei wird ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Verbesserung der Personalsituation an den Schulen in Thüringen gegangen, woran die Fraktion DIE LINKE durch erfolgreich geführte Haushaltsverhandlungen großen Anteil hat. Noch nie wurden so viele Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt, in ganz Thüringen bis zu 950“, sagte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion Torsten Wolf.

Foto: © Landtagsfraktion DIE LINKE

Das kommt der Unterrichtsabsicherung und Qualität unmittelbar zugute. Erstmals gibt es ein Schulbudget von 30 Euro pro Schüler und Schuljahr, das zur Verbesserung der Unterrichtsqualität, für zusätzliche Ganztagsangebote, aber auch für Maßnahmen zur Lehrergesundheit genutzt werden kann.

LINKE, SPD und Grüne haben mit der Einstellung von zusätzlichen 1,2 Millionen Euro für moderne Lehr- und Lernmittel diesen Etat um 30 Prozent erhöht. Und besonders wichtig ist, dass der Landesregierung ein jährliches Budget von 300.000 Euro zur Verfügung gestellt wurde, um eine Offensive zur Fachlehrergewinnung führen zu können“, so der Abgeordnete weiter.

Torsten Wolf wies darauf hin, dass „tatsächlich noch viele Baustellen im Bildungsbereich weiter zu bearbeiten sind. Um hier konzeptionell vorwärts zu kommen, arbeitet die Koalition derzeit an einem neuen Schulgesetz, das den Lehrereinsatz effektivieren und für viele Bereiche, auch für Gemeinschaftsschulen, bessere Bedingungen schaffen wird“.

Der LINKE-Bildungspolitiker sagte abschließend: „Für das Schuljahr 2018/19 wünsche ich allen Schülerinnen und Schülern, allen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, sonderpädagogischen Fachkräften und allen Bildungsengagierten viel Erfolg!“

Gläsernes Parlament

Thüringer Landtag richtet Videoarchiv für die Plenarreden ein

Das Parlament muss nahe am Bürger sein, das wirkt gegen Politikverdrossenheit, da ist sich Anja Müller, in der Linksfraktion Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen, sicher.

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Petition eines Erfurter Bürgers, dem es um eine Veränderung des Online-Auftrittes des Landtages ging. Der Petent wollte die Überarbeitung der Plenar-Datenbank erreichen, Thüringen solle sich vom Bayerischen Modell inspirieren lassen. Die Abgeordnete freut sich, dass nun im Ausschuss diese Petition abgeschlossen wurde: „Wir konnten erreichen, dass ab der neuen Legislatur eine bürgerfreundliche Online-Datenbank an den Start geht. Ab Ende 2019 können Bürgerinnen und Bürger in einem Videoarchiv die Reden der Plenarsitzungen auch im Nachhinein verfolgen, sie werden den Tagesordnungspunkten und den jeweiligen Rednerinnen und Rednern zugewiesen. Auch soll es möglich sein, dass die Videos mit der Parlamentsdatenbank verknüpft werden. Damit wird die parlamentarische Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger noch transparenter.“

Außerdem unterstreicht Anja Müller die von der Linksfraktion seit langem vorgebrachte Forderung, die Ausschüsse des Landtages regulär für die Öffentlichkeit zu öffnen. „Bis jetzt können Bürgerinnen und Bürger nur durch Beschluss des Ausschusses an einzelnen Tagesordnungspunkten teilnehmen – die generelle Teilnahme bleibt ihnen jedoch verwehrt.“

Dabei sieht die Praxis in den anderen Bundesländern so aus: „In acht von sechszehn sind die Ausschüsse öffentlich – nämlich in Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Das zeigt doch deutlich, dass mehr Bürgernähe anderswo unter Einhaltung des Datenschutzes funktioniert. Thüringen sollte sich nicht vor Neuerungen scheuen und auch den Schritt zu prinzipiell öffentlichen Ausschusssitzungen wagen.“

Betroffene sollten Widerspruch einlegen

Ministerium stellt klar: Keine Anrechnung von Opferrenten auf Sozialleistungen

Auf Anfrage der Abgeordneten Karola Stange hat das LINKE-geführte Sozialministerium klargestellt, dass Opferrenten und vergleichbare Entschädigungen auf Sozialleistungen – wie Hartz IV oder Sozialhilfe, aber auch Renten – nicht angerechnet werden dürfen.

„In Fällen, in denen Behörden anders und damit rechtswidrig verfahren, sollten die Betroffenen Widerspruch einlegen und das Sozialministerium informieren“, so die Sprecherin für Sozialpolitik der Frakion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Opferrenten sind vor allem um Renten nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz. Sie beziehen sich auf unrechtmäßige Maßnahmen der Justiz wie rechtswidrige Inhaftierung. Oder es sind Renten nach dem berufsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz für erlittene Nachteile im Berufsleben. Anstoß für die Anfrage waren Informationen im Rahmen von Karola Stanges Abgeordnetenarbeit, wonach nicht alle Jobcenter und Sozialämter sich an die gesetzlichen Vorgaben halten. Aus der Antwort des Sozialministeriums geht hervor, dass zum 31.05 2018 an 4.691 Personen in Thüringen Renten nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gezahlt wurden.

„Opferrenten und vergleichbare Entschädigungen wie auch Schmerzensgeld sind eine finanzielle Anerkennung erlittenen Unrechts. Sie sind als Schonvermögen anerkannt und vor Anrechnung geschützt. Es ist zynisch und verletzend, wenn Behörden Opferrenten und Entschädigungen auf Hartz IV oder Sozialhilfe anrechnen und sie den Betroffenen faktisch wieder wegnehmen“, sagt Stange. Sie begrüßt die Ankündigung des Sozialministeriums, mit allen Instrumenten der Behördenaufsicht zu reagieren, falls Fälle von rechtswidrigem Behördenvorgehen in Thüringen bekannt werden sollten.

Foto: © Linksfraktion Thüringen

Gebietsreform

Chancen nutzen

Allen Unkenrufen und der Blockade durch CDU und einige Bürgermeister und VG-Vorsitzende zum Trotz kommt die Gebietsreform von Rot-Rot-Grün voran“, begrüßt Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion, die am 6. Juli wirksam gewordenen Fusionen Thüringer Städte und Gemeinden.

Bereits in dieser ersten Phase der Freiwilligkeit hatten 49 Gemeinden die Chance genutzt, sich neu zu gliedern, mehr als 260 weitere Gemeinden haben sich in der zweiten Phase auf den Weg begeben. Die große Zahl an Anträgen zeigt, dass es richtig gewesen ist, die Freiwilligkeitsphase zu verlängern.

„Am Ende des zweiten Gesetzgebungsverfahrens werden sich über 40 Prozent der Gemeinden neu aufgestellt haben. Das ist ein klares Zeichen für das Bewusstsein in der kommunalen Familie, dass es keine ernsthafte Alternative gibt“, ist Kuschel von der Notwendigkeit, die Reform fortzusetzen, überzeugt: „Wir setzen dabei auf Freiwilligkeit.“ Der Abgeordnete erwartet mit Blick auf die vom Innenminister angekündigte dritte Freiwilligkeitsphase, dass dieser seine Pläne alsbald konkretisiert. „Thüringen muss die Kleingliedrigkeit seiner kommunalen Strukturen überwinden, um die zukünftigen Herausforderungen meistern zu können.“

Verbrechen gegen Kinder in Syrien verdoppelt

UN-Sonderbeauftragte für Kinder in Konflikten legte Zahlen vor

Im ersten Halbjahr 2018 sind im Syrien-Krieg schon mehr Kinder ums Leben gekommen als im Gesamtjahr 2017. Das berichtete Schwedens UN-Botschafter Olof Skoog. War 2017 mit 1.271 getöteten Kindern das bislang tödlichste Jahr für Kinder in Syrien, so wurden diese Zahlen bereits Mitte dieses Jahres überschritten.

Es sind erschütternde Zahlen, über die Virginia Gamba, die UN-Sonderbeauftragte für Kinder in Konflikten, die Weltöffentlichkeit informierte: „Im ersten Quartal 2018 ist die Zahl der Kindersoldaten um ein Viertel gestiegen. Das Töten und Verstümmeln von Kindern hat um 348 Prozent zugenommen – beides verglichen mit dem letzten Quartal 2017. Alle schweren Kinderrechtsverletzungen für das erste Quartal zusammengenommen, erleben wir eine Steigerung um 109 Prozent.“

Die Zahlen seien bis jetzt in jedem der sieben Kriegsjahre angestiegen. Und es seien lediglich solche Zahlen, die die Vereinten Nationen bestätigen könnten. Die Dunkelziffer dürfe weit höher liegen.

„Nach den UN-Kinderrechten hat jedes Kind ein Recht auf Überleben. Außerdem haben sich die Vertragsstaaten der UN-Kinderrechtskonvention, zu denen auch Deutschland gehört, darauf verständigt, dass von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder geschützt werden müssen“, erklärte die kinderpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Kati Engel.

Die Abgeordnete forderte daher die Bundesregierung auf, „nicht länger wegzusehen und ihrer Verantwortung endlich nachzukommen, den Kindern zu helfen! Auch diese Kinder haben ein Recht auf eine unversehrte Kindheit. Viel zu lange waren sie schon Opfer von Gewalt und Gräueltaten, damit muss endlich Schluss sein.“

Insgesamt haben sich in Syrien alle grausamen Verbrechen gegen Kinder verdoppelt. Dazu zählen neben Rekrutierung und Ermordung auch Vergewaltigungen, Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen, Verschleppungen und die Weigerung, Kindern Hilfe zukommen zu lassen. Wie es in einem Bericht des Deutschlandfunks weiter heißt, habe Virginia Gamba die Schuldigen benannt und gesagt: „Alle Rekrutierungen haben nicht-staatliche Akteure durchgeführt. Die meisten Tötungen und Verstümmlungen gehen dagegen auf die syrische Armee und pro-Regierungs-Truppen zurück.“

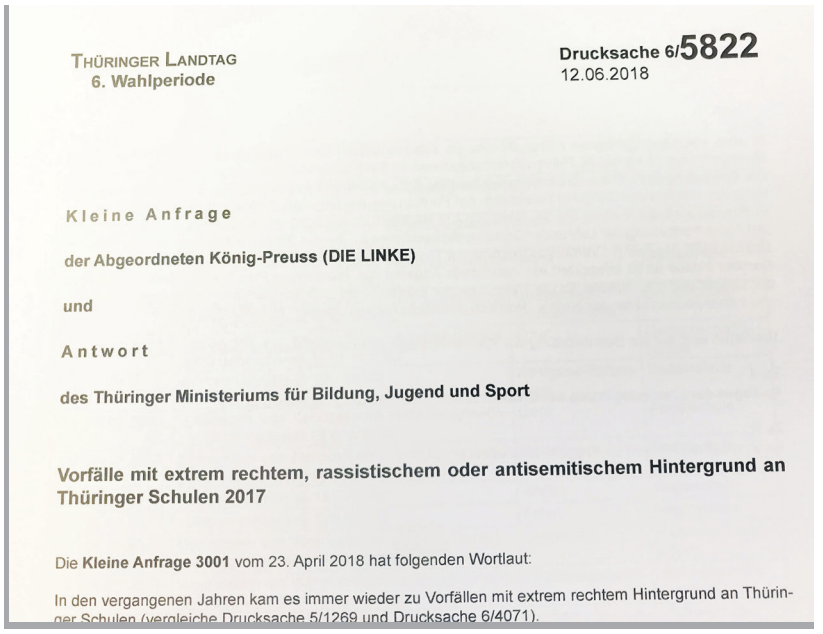
Hilfsorganisationen wie das Kinderhilfswerk UNICEF oder „Save the Children“ warnen schon länger vor den Folgen dieses Krieges – auch – gegen Kinder.

Die wichtigste Entwicklungsphase, die Kindheit also, sie sei verloren im Getöse der Kämpfe. Mädchen und Jungen seien so traumatisiert, dass sie psychologische Hilfe bräuchten, um ihr Leben trotz der verheerenden Bilder im Kopf in den Griff zu bekommen. Eigentlich. Doch wo noch nicht einmal Wasser und Lebensmittel reichen, scheint dieses Ziel weit entfernt.

Extrem rechte Vorfälle

Kinder und Jugendliche demokratisch stärken

Mit einer Kleinen Anfrage zu „Vorfällen mit extrem rechtem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund an Thüringer Schulen im Jahr 2017“ hatte sich Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, an die Landesregierung gewandt. Aus der Antwort des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport geht hervor, dass auch an Thüringer Schulen im Durchschnitt mehr als ein Mal wöchentlich eine entsprechende Tat stattfindet.



THÜRINGER LANDTAG
6. Wahlperiode

Drucksache 6/5822
12.06.2018

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

Vorfälle mit extrem rechtem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund an Thüringer Schulen 2017

Die **Kleine Anfrage 3001** vom 23. April 2018 hat folgenden Wortlaut:

In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Vorfällen mit extrem rechtem Hintergrund an Thüringer Schulen (vergleiche Drucksache 5/1269 und Drucksache 6/4071).

Mit insgesamt 68 Delikten an Thüringer Schulen, die als rassistisch, extrem rechts oder antisemitisch eingestuft wurden, ist leider erneut der bisherige Höchststand von 2015 erreicht“, sagte die Abgeordnete Katharina König-Preuss. 2014 gab es 45 Delikte an Thüringer Schulen, die der politisch motivierten Kriminalität rechts zugeordnet wurden, 2015 ebenfalls 68 und im Jahr 2016 sanken die Straftaten leicht auf insgesamt 60 Delikte. Rechtsextreme Straftaten wurden an allen Schulformen festgestellt: von Förderschulen über Regelschulen bis hin zu Gymnasien und sogar an Grundschulen.

„Es ist weiterhin dringend notwendig, sowohl die betroffenen Schüler als auch die Lehrerkollegien zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu sensibilisieren sowie mit entsprechenden Weiterbildungen und der Einbindung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Schulen gegen Neonazismus vorzugehen“, so Katharina König-Preuss, die auf entsprechende Fördermöglichkeiten auch über das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verweist.

„Die demokratische Stärkung von Kindern und Jugendlichen ist allerdings nicht allein Aufgabe von Schule, sondern muss von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen und unterstützt werden. Jede extrem rechte, rassistische oder antisemitische Straftat stellt einen weiteren Versuch von Neonazis dar, ihre Symbolik und die damit verbundene Ideologie in gesellschaftlichen Räumen zu verankern. Gerade dem Eindringen von Neonazis mit ihrer menschenverachtenden Politik in Lebensräume von Kindern und Jugendlichen muss konsequentes Handeln entgegengesetzt werden.“

Auf die Frage der Abgeordneten, welche Maßnahmen ergriffen wurden, antwortete die Landesregierung u.a., dass in allen Fällen strafrechtliche Ermittlungen geführt wurden. Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention der Landespolizeidirektion bot und bietet die Weiterbildung von Lehrern und Schülern hinsichtlich der Formen des Rechtsextremismus und der Handhabung des Phänomens an. So wurden im vergangenen Jahr in Berlstedt Schulungen der 7. Klassen und eine Fortbildung der Lehrer der Gemeinschaftsschule zum Thema „Rechtsextremismus“ durchgeführt. Darüber hinaus ist im Infoportal www.polizeifürdich.de ein interaktives Programm der polizeilichen Kriminalprävention abrufbar.

Umfassende BAföG-Reform

Aus der jüngst veröffentlichten BAföG-Statistik für das Jahr 2017 geht hervor, dass sich der Trend fortsetzt: Bei steigenden Studierendenzahlen sinkt die Zahl der BAföG-Beziehenden. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) sieht dies als Erfolg und Folge der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den Elternhäusern.

Christian Schaft, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, kommt zu einer anderen Einschätzung: „Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat in der Tat Auswirkungen auf die Situation der BAföG-Beziehenden, weil immer mehr Studierende keinen Anspruch auf Förderung haben, müssen sie ihre Zeit in Nebenjobs verbringen, statt sich ihrem Studium widmen zu können. Eine grundlegende Überarbeitung der Förderung ist unausweichlich, wenn die Bildungsgerechtigkeit beim Studienantritt wieder eine größere Rolle spielen soll. Der Bundestrend wirkt sich in Thüringen noch deutlicher aus: Hier sank die Zahl der BAföG beziehenden Schülerinnen und Schüler um knapp 400 im Vergleich zum Vorjahr, die der Studierenden sogar um fast 1.000 Personen. Damit sank das erste Mal seit dem Jahr 2000 die Zahl der Studien-BAföG-Beziehenden unter die Marge von 15.000 Personen. Diese Entwicklung ist alarmierend und hat mit Chancengerechtigkeit nichts zu tun. Es braucht dringend ein elternunabhängiges und rückzahlungsfreies sowie deutlich angehobenes BAföG, um den Studierenden zu ermöglichen, wieder ihr Studium in den Mittelpunkt zu stellen.“ Die seitens der Bundesregierung immer wieder gelobte letzte BAföG-Reform aus dem Jahr 2014 verfehlt aus Sicht von Schaft weiterhin ihr Ziel. Thüringen hatte zusammen mit Berlin, Brandenburg und Bremen im Bundesrat einen Antrag zu einer umfassenden BAföG-Reform gestellt. Leider wurde von der Mehrheit der Länder dieser Vorstoß zurückgewiesen.

foto: © Linksfraktion Thüringen

» Verkehrsunfälle

Alarmierend nennt die LINKE-Abgeordnete Dr. Gudrun Lukin, im Ehrenamt Vorsitzende der Landesverkehrswacht, die wieder gestiegene Zahl der Verkehrsunfälle. RadfahrerInnen sind immer mehr betroffen. Falsche Straßennutzung und Unkenntnis der Verkehrsregeln gehören zu den Ursachen. Auch halten die Verkehrsinfrastruktur sowie die Straßenverkehrsordnung mit der wachsenden Anzahl von Radfahrenden nicht mehr Schritt. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat mehr Geld für Radwege und Schutzstreifen eingestellt. Wichtig sind auch die Fahrradausbildung in den Schulen mit Unterstützung der Polizei und die Verkehrsteilnehmerschulungen über die Verkehrswachten.

» Rettungsleitstellen

Das Thüringer Innenministerium hat ein Gutachten zur Rettungsleitstellenstruktur vorgestellt und „damit eine wichtige Diskussion angestoßen“, so der LINKE-Abgeordnete Steffen Dittes. „Denn die bestehende Struktur muss modernisiert werden, damit die BürgerInnen auch künftig Gewissheit haben, dass die Lebensrettung in Thüringen zuverlässig funktioniert.“ Dazu gehört eine solide finanzielle und organisatorische Basis, Leitstellen müssen mit einheitlicher moderner Technik wie Digitalfunk arbeiten und das Personal muss bestmöglich geschult werden. Landkreise und kreisfreie Städte sind jetzt gefordert, sich einzubringen und gemeinsam Entscheidungen vorzubereiten.

» Pumpspeicher

Der Stadtwerke-Verbund Trianel hat seine Planung für ein Pumpspeicherwerk an der Schmalwassertalsperre bei Tambach-Dietharz endgültig gestoppt. „Damit wird nicht nur ein wichtiges Infrastrukturprojekt verhindert, auch die Energiewende ist ohne Speicher nicht möglich“, so Steffen Harzer, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Eneut zeigt sich die falsche Weichenstellung in der Energiepolitik. Da sowohl beim Ein- als auch beim Ausspeichern Netzentgelte zu zahlen sind, werden sie erst unwirtschaftlich. Wenn das von CDU-Bundestagsabgeordneten bejubelt wird, so nehmen sie auch das Ende der Saalekaskaden und der dortigen Pumpspeicherwerke in Kauf.“.

Schutz von sexueller Identität

Antrag im Bundesrat zur Aufnahme in das Grundgesetz musste vertagt werden

In der Sitzung des Bundesrates am 6. Juli in Berlin musste ein Gesetzesantrag zur Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes, bei welchem neben den Ländern Berlin, Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz auch das Land Thüringen Mitantragssteller ist, vertagt werden. Enttäuscht erklärte dazu Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

„Die Beratung des Gesetzesantrags wurde vertagt, da keine Mehrheit im Bundesrat für das Vorhaben zustande gekommen ist. Das bedauere ich sehr. Der federführende Rechtsausschuss sowie der Ausschuss für Innere Angelegenheiten sprachen sich gegen den Antrag aus, wohingegen der Ausschuss für Frauen und Jugend sich für eine Überweisung an den Bundestag ausgesprochen hatte."

Die Initiative Thüringens und der anderen Länder, das Grundgesetz um ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität zu erweitern, sei sehr zu begrüßen. Im Absatz 3 Satz 1 des Artikels 3 soll demnach festgeschrieben werden, dass kein Mensch wegen der sexuellen und geschlechtlichen Identität eine Benachteiligung erfahren darf. Damit würden die bereits enthaltenen Merkmale um einen wichtigen Punkt ergänzt und der Schutz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen und queeren Menschen vor Diskriminierungen im Stellenwert erhöht und grundgesetzlich gesichert.

„Eine grundgesetzliche Sicherung wäre sehr wertvoll. Da aber auch die Werte, welche in unserem Grundgesetz stehen, immer wieder besonders von rechten Kräften Angriffen ausgesetzt sind, ist es wichtig, dass die Gesellschaft gemeinsam mit progressiven politischen PartnerInnen für deren Erhalt und die Beendigung von Diskriminierung eintritt. Die Möglichkeit dazu hat man jeden Tag – indem man homo- und transfeindliche Äußerungen kritisiert, Akzeptanz gegenüber verschiedenen geschlechtlichen Identitäten zeigt oder Alltagssexismus entgegentritt", ist die LINKE-Geichstellungspolitikerin überzeugt.

Grundrechte

Armutsgrenze

Pro und Contra bedingungsloses Grundeinkommen" – dazu diskutiert die LINKE in Thüringen. Engagiert dabei die Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld, in der Fraktion für Arbeitspolitik zuständig. Sie hat jetzt auf das für das Jahr 2018 ermittelte Grundeinkommen in Deutschland hingewiesen. Es orientiert sich an der Armutsrisikogrenze und müsste bei circa 1.170 Euro netto liegen, was der über einen Warenkorb ermittelten Höhe des Existenz- und Teilhabeminimums entspricht.

„Da gibt es keinen Verhandlungsspielraum, denn sonst bestünde die reale Gefahr, dass sich Unternehmen und Staat der sozialen Verantwortung entziehen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Mindestlohn, ohne tarifliche Bindung, ohne Bürgerversicherung, ohne Ausbau der Infrastruktur, ohne gute Bildung und Kultur ist nicht erstrebenswert. Soviel hat die bisherige Debatte schon gezeigt."

Im Durchschnitt beträgt das Hartz-IV-Netto für eine/n Alleinstehende/n beträgt derzeit 786 Euro und liegt also rund 380 Euro niedriger. Deshalb streitet die LINKE für eine armutsfeste, sanktionsfreie Grundsicherung, für eine Kindergrundsicherung sowie eine Mindestrente in Höhe des Existenzminimums. Die Debatte über ein emanzipatorisches bedingungsloses Grundeinkommen geht auch weiter, denn „die zunehmende Individualisierung des Menschen darf nicht zu gesellschaftlicher Desintegration und der ‚Produktion von Überflüssigen' führen", so die Abgeordnete.

«Schule im Grünen»

Mit „Alternative"-Spende Kinderschnitzsymposium unterstützt

Die „Schule im Grünen" in Fischbach war Gastgeber und Veranstalter des 11. Kinderschnitzsymposiums. Zum Abschluss präsentierten die kleinen Kunsthandwerker ihre sehenswerten Schnitzereien und wurde eine Spende der Alternative 54 übergeben.

Horst Hößel, Leiter des Schullandheims, berichtete nach der für die 15 teilnehmenden Kinder erlebnisreichen Woche voller Stolz von der Begeisterung der jungen Holzbildhauer beim Schnitzen. Zur feierlichen Übergabe der Teilnehmerurkunden waren nicht nur die Familien der Kinder, sondern auch die Landtagsabgeordnete Anja Müller angereist. Sie wollte sich persönlich ein Bild machen von den kunsthandwerklichen Fähigkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Wie Sven Schlossarek, Wahlkreismitarbeiter der LINKE-Politikerin für den Parlamentsreport informierte, war die Abgeordnete sehr beeindruckt von den Ergebnissen des Symposiums. Dabei hatte sie auch darauf verwiesen, wie wichtig die Bewahrung und Weitergabe der Tradition des Holzschnitzens in der Rhön ist. Und es war ihr in diesem Zusammenhang auch eine besondere Freude, einen Spendenscheck aus dem Fonds des Vereins der Landtagsabgeordneten „Alternative 54" an Schullandheimleiter Horst Hößel zu übergeben, was allseits mit Beifall quittiert wurde.

Es handelte sich übrigens bereits um Spende Nummer 3.488 des Abgeordnetenvereins. Diesen hatten 1995 die Abgeordneten der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag gegründet. Und zwar aus Protest gegen den Artikel 54 in der Landesverfassung. In diesem ist die automatische Diätenerhöhung verankert – „ein intransparentes, auf einem fragwürdigen Gehalts- und Preisindex basierendes Verfahren", so die Kritik der Fraktion.

Sie hatte 1995 eine Klage beim Thüringer Verfassungsgerichtshof in Weimar eingereicht. Das Gericht hatte in seinem Urteil im Jahr 1998 das sogenannte „Index-Verfahren" zur Diätenanpassung passieren lassen, jedoch nur mit deutlichen Bauchschmerzen. Allerdings hatte das Verfassungsgericht der PDS-Klage gegen die zu üppige Altersversorgung der Abgeordneten Recht gegeben.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen konnten die PDS-Abgeordneten nicht auf die Diätenerhöhungen verzichten. Deshalb hatten sie den Verein „Alternative 54 e. V" gegründet, der seither gemeinnützige Organisationen und Projekte in Thüringen mit den gespendeten Diätenerhöhungen im Umfang von bisher fast 1,3 Millionen Euro unterstützt hat. Gleichzeitig war und ist die Fraktion aktiv mit parlamentarischen Initiativen gegen die automatische Diätenerhöhung – mehrfach auch eingebettet in Vorstöße zur umfassenden Reform des Thüringer Abgeordnetenrechts.

Im Foto die Teilnehmer des 11. Kindersymposiums mit Schullandheimleiter Horst Hößel, Anja Müller, Kaltennordheims Bürgermeister Erik Thürmer (CDU) und Holzbildhauermeisterin Bärbel Dreßler (hintere Reihe von links).

Restriktive Asylpolitik

Sabine Berninger: „Ein kaltes Herz, das regiert“

Ankerzentren sind bestimmte Aufnahmestellen für Asylbewerber in Deutschland. Die Bezeichnung erscheint im Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2018 und steht für ‚Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung (AnkER)‘. In einem Ankerzentrum sollen Flüchtlinge unterkommen, bis sie in Kommunen verteilt oder aber in ihr Herkunftsland abgeschoben werden“, heißt es bei Wikipedia. In Auseinandersetzung mit Äußerungen von Mike Mohring, Fraktions- und Landesvorsitzender der CDU, erklärte Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik der Linksfraktion:

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Wenn Mike Mohring ein so genanntes AnkER-Zentrum als Teil eines Integrationskonzeptes oder -gesetzes propagiert, dann kann man das nur als zynisch und kaltschnäuzig bezeichnen. Diese AnkER-Zentren, wie sie den Herren Seehofer und Mohring vorschweben, sind Isolationslager, die jegliche Integration verhindern sollen und werden.“

„Rückführung“ sei das entscheidende Wort für diese unsägliche Wortschöpfung. Seehofer und allen BefürworterInnen gehe es darum, Geflüchtete möglichst nicht ankommen zu lassen. „Unter anderem deshalb, damit die beabsichtigten ‚Rückführungs’-Entscheidungen leichter vertretbar und durchsetzbar sind.

Die AnkER-Zentren werden objektiv dazu führen, dass negative Entscheidungen in Asylverfahren natürlich leichter umsetzbar werden, weil Geflüchteten Rechtsmittel noch mehr verbaut werden, als durch die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre ohnehin schon. Denn mit der Isolierung in diesen AnkER-Zentren kommt zu den eingeschränkten Rechtsmittelfristen noch das Abgeschnittensein von Beratungsstellen und Rechtsbeiständen/AnwältInnen.“

Auf engstem Raum

Daneben bedeute AnkER-Zentrum die Unterbringung sehr großer Menschenmengen auf engsten Räumen und über lange Zeit (im Koalitionsvertrag ist von „soll in der Regel 18 Monate nicht überschreiten“ die Rede), ohne Bewegungsfreiheit, mit Residenzpflicht sowie das Fernhalten der Kinder für bis zu sechs Monate von Kita-/Schulbesuch und dem Kontakt mit Kindern der Aufnahmegesellschaft. Durch monatelange Unterbringung auf engstem Raum werde zudem in Kauf genommen, dass zu der angespannten psychischen Situation, in der sich viele nach monatelangen Fluchterfahrungen und der Ungewissheit über ihre Zukunft befinden, eine neue psychische Stresssituation hinzukommt.

Vor allem Ausgrenzung

Den von Horst Seehofer vorgelegten „Masterplan Migration“ nannte Sabine Berninger einen „migrationspolitischen Begrenzungsplan“. Sie verwies auf die Homepage des Bundesinnenministeriums, wo der Minister mit dem Satz zitiert wird: „Nur wenn wir Politik mit dem Herzen machen, wird sie gut gelingen“, und sagte: „Es ist offenbar ein kaltes Herz, das hier regiert. Eines, das Grund- und Menschenrechte nur den Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft zugesteht. Dieser ‚Masterplan’ ist kein Plan, der sich an menschenrechtlichen Realitäten orientiert, sondern einer, der neue Realitäten schaffen will.“

Insbesondere durch das Narrativ, Zuwanderung stelle den Zusammenhalt der Gesellschaft in der Bundesrepublik infrage und Integration könne nur gelingen, wenn die Zuwanderung begrenzt würde. „Die Unterstellung von Missbrauch und vorsätzlicher Zuwanderung in die Sozialsysteme prägen Seehofers Vorstellung von Flüchtlingspolitik – es geht vor allem um Ausgrenzung, Leistungseinschränkungen, Abschottung und Abschiebung. Innenpolitisch zielt Seehofer darauf ab, im Asylverfahren die Rechte Asylsuchender noch weiter einzuschränken. Nicht nur durch die Internierung in so genannten AnkER-Zentren, sondern durch weiter verkürzte Rechtsmittelfristen etwa für Menschen ohne Identitätsdokumente, die Verlängerung der Bezugsdauer der niedrigen § 3-Leistungen nach dem AsylbLG auf 36 statt bisher 15 Monate. Daneben will er die Rechte in asylgerichtlichen Verfahren noch weiter einschränken, zum Beispiel durch die Ermöglichung von Abschiebungen bereits während eines laufenden Verfahrens und durch die Erhöhung der Kostenbelastung für Schutzsuchende“, sagt die LINKE-Politikerin.

Befürchtungen übertroffen

Mit diesen Vorhaben würden alle durch den Koalitionsvertrag geweckten Befürchtungen noch übertroffen, so Berninger. „Und es geht weiter wie in den letzten Wochen: ausländerfeindliche Ressentiments werden bedient und den RechtspopulistInnen nach dem Mund geredet. Dieser ‚Masterplan’ ist ein neuer Schlag ins Gesicht aller schutzsuchenden Menschen und der Vielen, die der weltoffenen und solidarischen Gesellschaft tagtäglich ein Gesicht geben. Wenn die Große Koalition diesem Plan zustimmt, gibt sie jeden menschenrechtlichen migrationspolitischen Anspruch auf.“

Mitbestimmung

Stärkt auch den Zusammenhalt

Mit dem Thüringer Gesetz über Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, das nun zwei Jahre in Kraft ist, haben die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen die bundesweit besten Regelungen zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene geschaffen. Das haben auch Fachvergleiche wie das Demokratie-Ranking von Mehr Demokratie e.V. bestätigt,“ so Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der LINKE-Fraktion. Nun sei es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeiten der kommunalen Mitbestimmung noch stärker nutzen und dabei auch die gesellschaftspolitischen Auswirkungen im Blick haben.

Nach Angaben der Thüringer Landesregierung hat es in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt 13 Bürgerbegehrensverfahren gegeben – von Bebauungsplanfragen bis zu Fragen der Eigenständigkeit von Ortsteilen. Die LINKE-Fraktion befürwortet den noch ausgiebigeren Gebrauch dieser Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei sei es an den Nutzern und Aktiven vor Ort – diejenigen, die Bürgerbegehren unterschreiben, eingeschlossen –, komplexe Themen mit differenzierten Interessenlagen entsprechend zu diskutieren und die Entscheidung abzuwägen. „Gute und praktisch wirksame direkte Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich möglichst viele Leute mit ihrem Engagement und ihrer Sachkompetenz einbringen und dass möglichst intensiv und verantwortungsbewusst um die beste Lösung gerungen wird. Ein solcher Diskussionsprozess im Rahmen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden bringt Kommunen vor Ort nicht nur konkret voran. Er stärkt letztendlich auch den Zusammenhalt in den Orten“, ist sich Anja Müller sicher.

Die Abgeordnete verweist auf die wichtigen Entscheidungsprozesse im Rahmen der direkten Demokratie in den Thüringer Gemeinden Kommunen: „Dazu gehört es, auch mit Blick auf Bürgerbegehren zu Fragen von Gebietsänderungen, möglichst genau ins Auge zu fassen, welche Auswirkungen die Entscheidung haben wird. Also die Folgen für die Kommune und deren Bewohner, aber auch für benachbarte Kommunen, den Landkreis und die dortigen Bewohner. Keine Gemeinde ist eine einsame Insel. Kommunen können sich nur gut entwickeln, wenn alle Rahmenbedingungen stimmen und auch über den eigenen Kirchturm hinausgesehen wird“, betont Anja Müller.

Abschließend kündigt sie an, dass sich die LINKE-Fraktion auch weiterhin und verstärkt um andere Formen der kommunalen Bürgerbeteiligung kümmern wird.

Nebenbei notiert

Lohnniveau

GASTKOMMENTAR VON STEFAN WOGAWA

Die aktuelle Entlohnungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit macht es deutlich: Ostdeutschland liegt bei den Löhnen noch weit hinter den westdeutschen Bundesländern. Schlusslicht ist Mecklenburg-Vorpommern. Davor rangiert Thüringen, fast gleichauf mit Sachsen.
Die Gründe für die im Bundesvergleich nach wie vor niedrige Entlohnung in Thüringen lassen sich benennen: sie liegen vor allem in der kleinteiligen Wirtschaft mit vielen Kleinstbetrieben, dem hohen Anteil von Zulieferbetrieben, dem Fehlen von Dax-Unternehmen, der schwachen Tarifbindung und der geringen Zahl von Unternehmen mit Betriebsräten. Nicht vergessen werden darf, dass gerade in Thüringen der Niedriglohnsektor lange Zeit als „Standortfaktor“ offensiv beworben wurde. Ein Dieter Althaus (CDU) etwa wollte als Ministerpräsident zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze im Niedriglohnbereich.
Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die von vielen Medien zitierte Statistik eine Momentaufnahme präsentiert und die Lohnentwicklung nicht wiedergibt. Doch das Lohnniveau in Thüringen hat sich verbessert. Die IHK Südthüringen beispielsweise betont, das durchschnittliche Arbeitsentgelt der Beschäftigten sei in den letzten drei Jahren erheblich gestiegen. Das sind die Jahre, in denen der Koalitionsvertrag für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags umgesetzt wird. Positiv hat sich auch das Mindestlohngesetz ausgewirkt – das von der Landesregierung aktiv unterstützt wurde –, wobei die Höhe des Mindestlohns angehoben werden muss, um eine armutssichere Rente zu gewährleisten. Hinsichtlich der Entlohnung besteht trotzdem weiterer Handlungsbedarf. Ein Feld ist sicher die Stärkung der Tarifbindung.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Kita-Preis für gute Qualität

Aufruf auch an Thüringer Kindergärten und lokale Bündnisse

„Qualität hat viele Gesichter“ ist das Motto des Deutschen Kita-Preises, der vom Bundesfamilienministerium und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) vergeben wird.

Foto:deutscher-kita-preis.de

Vor dem Hintergrund der von Rot-Rot-Grün vorgenommenen Weichenstellungen für eine gute Bildung und Betreuung aller Kinder von Anfang an ruft Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, Thüringer Kindertagesstätten und lokale Bündnisse für frühe Bildung auf, sich noch bis zum 31. August um den Preis zu bewerben. „Mit dem neuen Thüringer Kita-Gesetz wurde durch das beitragsfreie Kita-Jahr nicht nur der Einstieg in die generelle Beitragsfreiheit in der Bildung vorgenommen, mit weiteren Verbesserungen u.a. zum Personalschlüssel sowie zur Stärkung der Rechte von Eltern und Kindern im Bereich Transparenz und Mitsprache geht es besonders auch um die Qualität der Betreuung in den Kindergärten“, betont der Bildungspolitiker.Im Aufruf des mit insgesamt 130.000 Euro dotierten Kita-Preises heißt es: „Qualität in der frühen Bildung hat viele Gesichter – so unterschiedlich, wie die Regionen, die Städte und Dörfer unseres Landes sind, so verschieden sind auch die Ansätze und Rahmenbedingungen, unter denen gute Kindertagesbetreuung entsteht. Mit dem Deutschen Kita-Preis wollen wir Kitas und Bündnisse auszeichnen, die sich kontinuierlich für gute Qualität in der frühen Bildung einsetzen und dabei die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt stellen.“ Der Kita-Preis wird vergeben in den Kategorien „Kita des Jahres“ für kontinuierlich gute Qualität in der Kindertagesbetreuung und „Lokales Bündnis für frühkindliche Bildung des Jahres“ für gute Unterstützung der Arbeit in Kitas.

Die erforderlichen Daten und Unterlagen sind zu finden unter: www.deutscher-kita-preis.de/bewerbung

Diskussion: Gute Studienbedingungen

Wie gute Studienbedingungen durch eine nachhaltige Finanzierung der Hochschulen nach dem Hochschulpakt 2020 gewährleitet werden können, steht im Mittelpunkt eines Fachgesprächs, zu dem die Linksfraktion und die BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft) Wissenschaft und Hochschule der Partei DIE LINKE am Freitag, den 17. August, in der Zeit von 17 bis 20 Uhr in den Landtag nach Erfurt (Raum F 056) einladen. Die enormen Herausforderungen, vor denen die Hochschullandschaft in Deutschland steht, können nur durch eine gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern gestemmt werden.

FOTO: © Linke Thüringen

Unter der Moderation von Christian Schaft, wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion und Sprecher der BAG Wissenschaft und Hochschule, äußern sich der Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee zu den Vorschlägen aus Thüringen, der Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert zu den Vorschlägen der LINKEN und findet eine Podiumsdiskussion statt. An dieser werden teilnehmen: Ralph Lenkert, Prof. Dr. Peer Pasternack, Direktor Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, und Dr. Klaus Bartholmé, Kanzler Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Markus Gleichmann, Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler